



Foto: KAS



Keine Zusammenarbeit mit Radikalen von links und rechts
...Seite 4

Foto: Europaparl.de



Minderheitenrechte gewinnen an Bedeutung in Europa
...Seite 3

Foto: privat



75 Jahre Brüner Todesmarsch: Hoffnungsvolle Zeichen
...Seite 2

Kommunalwahl 2020 - Nordrhein-Westfalen wird vor Ort gemacht

Heiko Hendriks: „Aussiedlerpolitik braucht glaubwürdige Gesichter in den lokalen Parlamenten“



Ratingens Ratsherr Sebastian Wladarz mit Bürgermeister Klaus Pesch

Düsseldorf. Sebastian Wladarz ist Oberschlesier, Roman Friedrich Russlanddeutscher. Während Wladarz gut 20 Jahre in der Ratinger Kommunalpolitik auf dem sprichwörtlichen Buckel hat, will Friedrich in Köln neu durchstarten. Beide vereint, dass sie als Aussiedler nach Deutschland gekommen sind und sich nun politisch in der CDU und ihrer Vereinigung, der OMV, engagieren.

„Aussiedler sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft“, so OMV-Landesvorsitzender Heiko Hendriks. „Deshalb ist es folgerichtig, dass diese auch in den kommunalen Parlamen-

ten vertreten sind und wir als OMV darauf drängen, dass sich deren spezifische Themen auch in den Kommunalwahlprogrammen der CDU wiederfinden.“

Für den Oberschlesier Wladarz war zum Ende der Ära Kohl klar, dass er sich in der CDU engagieren wollte, wie sein Opa auch. „Ich sah bei Opa im Keller CDU-Plakate mit Helmut Kohl und Heinz Schemken. Opa sagte immer, das sei unsere Partei und der Helmut habe sich stets um uns gekümmert. Und ich wollte mich nicht mit Rot-Grün abfinden“, sagt der Ratinger Ratsherr. Er habe auch über das Engagement etwas an die Gesell-

schaft zurückgeben wollen. Für ihn aber auch ganz wichtig: „Politik wird über Personen gemacht. Deshalb brauchen wir in der CDU-Aussiedlerpolitik glaubwürdige Gesichter, die für dieses Thema stehen. Das geht nur, wenn entsprechende Personen auch Mandate übernehmen“. Sein Kommunalwahlkampf findet überwiegend bei schlesischen Bäcker- und Metzgerständen oder in entsprechenden Geschäften statt. „Dort treffe ich meine Zielgruppen“, sagt Wladarz.

Roman Friedrich sieht das ähnlich. Der Sozialpädagoge ist Streetworker in Köln-Chorweiler und kandi-



Roman Friedrich kandidiert in Köln

diert auf der Liste für die Bezirksvertretung. Schon über seinen Beruf ist er nah an den Anliegen der Menschen vor Ort. In seiner Kreisgruppe der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland sind über 400 Familien vereint. Die Themen kennt er gut: „Oft rede ich über Altersarmut und soziale Ausgrenzung. Es gibt auch Sprachbarrieren und wir dürfen daher das Thema russischsprachige Informationsquellen nicht unterschätzen“, sagt Friedrich. Deshalb spricht er als stellvertretendes Landesbeiratsmitglied für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen das Thema politische Bildung an. „Wir müssen hier Angebote schaffen, um die Leute vor den Einflüssen von Fake News zu schützen“.

Warum CDU? „Weil sie die einzige Partei ist, die uns Aussiedlern Strukturen bietet. Deshalb konnte ich schon einige Landsleute werben. Klar ist aber auch, wir müssen die Erwartungen und Versprechen erfüllen. Und das bedeutet harte Arbeit auf allen Ebenen.“ Denn sind die Leute erstmal enttäuscht, werde es sehr schwer, wieder Vertrauen zu gewinnen.

Zwei gemeinsame Aufrufe der Landesbeauftragten

Düsseldorf. In zwei gemeinsamen Aufrufen - zum 75. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkriegs und zum Nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung - haben die Landesbeauftragten für Vertriebene und Aussiedler der Länder Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen an das Schicksal der Vertriebenen und Flüchtlinge einerseits und der deutschen Minderheiten andererseits erinnert. Während im ersten Aufruf die traumatischen Ereignisse von Heimatverlust, Verschleppung und Deportationen schwerpunktmäßig thematisiert werden, geht der zweite Aufruf insbesondere auch auf die Heimatverbliebenen ein. Die deutschen Minderheiten litten bis zur politischen Wende in Europa unter kultureller sowie sprachlicher Diskriminierung, Entrechtung und Zwangsassimilierung. Sie seien lange nur Bürger „zweiter Klasse“ gewesen.

Nachzulesen sind die Aufrufe im Internet: unter: www.mkw.nrw.

Wenn wir an die Flucht und Vertreibung der Deutschen erinnern, tun wir das nicht, um deutsche Schuld zu relativieren. Wir tun es, damit jetzige und künftige Generationen wissen, wofür Krieg, Hass und Gewalt führen, und damit sie begreifen, was Heimatverlust bedeutet. Denn aus der Geschichte lernen kann nur, wer die Geschichte kennt.

<p><i>Sylvia Stenstorfer</i> Sylvia Stenstorfer, MdL Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene</p>	
<p><i>M. Ziegler-Raschdorf</i> Margarete Ziegler-Raschdorf Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler</p>	
<p><i>Editha Westmann</i> Editha Westmann, MdL Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler</p>	
<p><i>Heiko Hendriks</i> Heiko Hendriks Beauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern</p>	
<p><i>Dr. Jens Baumann</i> Dr. Jens Baumann Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen</p>	

An Fronleichnam vor 75 Jahren begann der Brünner Todesmarsch Zeichen der Versöhnung stimmen hoffnungsvoll für eine gemeinsame europäische Zukunft



Foto: Erzdiozese Wien

Es traf die Unschuldigen: Mutter mit Kind vor dem Weg ins Ungewisse

Düsseldorf. „Der Brünner Todesmarsch war Teil der kollektiven Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung aus Mähren. Brunn steht somit symbolisch für die Vertreibung der Deutschen insgesamt“, sagt OMV-Landesvorsitzender Heiko Hendriks anlässlich des 75. Jahrestages dieses Ereignisses. Historikern zufolge überlebten schätzungsweise 5.000 der etwa 25.000 zusammengetriebenen Deutschen diesen Todesmarsch nicht. Der angeordnete Marsch sei zweifelsohne ein Racheakt für die Verbrechen der Deutschen im 2. Weltkrieg gewe-

sen. Dennoch begründe Unrecht kein neues Unrecht. Zumal es fast ausschließlich die Schwachen und Unschuldigen traf. „Deshalb war es richtig und wichtig, dass der Brünner Stadtrat im Jahre 2015 unter Führung von Bürgermeister Petr Vokřal eine Erklärung verabschiedete, die das an der deutschen Zivilbevölkerung begangene Unrecht anerkannte und zutiefst bedauerte“, betont Hendriks. Grundlage hierfür war sicher auch der Verzicht auf Rache und Vergeltung, den die Heimatvertriebenen in ihrer Charta formulierten, die in diesem Jahr

70 Jahre alt wird. Mit dem darauf veranstalteten Marsch des Lebens in umgekehrter Richtung, zu dem auch das ehemalige Landesvorstandsmitglied und Bundesvorsitzender der Bruna, Dr. Rudolf Landrock, geladen war, wurde gemeinsam ein Zeichen der Versöhnung gesetzt und der Wille offenbart, eine gemeinsame Erinnerungskultur zu leben. Das 20. Jahrhundert war sowohl von Krieg und Gewalt Herrschaft als auch von Flucht und Vertreibung geprägt. Es bedürfe der Erinnerung an beides, ohne dass man sich dem Verdacht des Revanchismus aussetze. „Daher brauchen wir ein gemeinsames Gedenken und eine gemeinsame Erinnerungskultur, bilateral und europaweit. „Dafür setzen wir uns als OMV der CDU Nordrhein-Westfalen seit Jahren ein. Wir vernehmen vielfach positive Signale. Der Gedenktag in Ungarn und die Erklärung des Brünner Stadtrates sind dafür sehr gute Beispiele.“

Vorsitzender der Vertriebenengruppe Eckhard Pols MdB für eine Weiterführung des DRK-Suchdienstes mit Augenmaß

Berlin. Das Schicksal von vermissten Zivilisten, Kindern, Kriegsgefangenen oder Wehrmachtssoldaten, die während des Zweiten Weltkrieges durch Flucht und Vertreibung von ihren Familien getrennt wurden, ist bis heute vielfach ungewiss. Doch der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) soll eingestellt werden. Eckhard Pols MdB, Sprecher der Gruppe der



Foto: Eckhard Pols MdB

Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dazu: „Ich bedaure die Ankündigung des

DRK. Denn das Bedürfnis der Deutschen, Auskünfte über das Schicksal ihrer verschollenen Familienangehörigen zu bekommen, ist nicht verschwunden. Die Zahl der Anfragen, insbesondere von Enkeln, stieg zuletzt auf rund 10.000 jährlich. Daher hoffe ich, dass im Sinne der Menschlichkeit die Fortsetzung der humanitären Arbeit mit Augenmaß überdacht wird.“

Minority SafePack bei EU-Kommission / Intergroup wieder eingesetzt

Dr. Markus Pieper MdEP: Minderheitenrechte gewinnen in Europa an Bedeutung



FUEN-Vizepräsident Daniel Alfreider (Südtirol) bei der Pressekonferenz

Brüssel. „Ich freue mich, dass das Thema Minderheitenrechte in der Europäischen Union an Bedeutung gewinnt. Die Europäische Kommission hat das Thema Minderheiten bei der Kommissarin Mariya Gabriel (Bulgarien) verortet. Frau Gabriel verantwortet außerdem das Thema Erhalt und Schutz der sprachlichen Vielfalt innerhalb der Europäischen Union“, sagt Europaabgeordneter Dr. Markus Pieper. Er hatte die OMV in einem Schreiben über die aktuellen Entwicklungen informiert.

Höchste Priorität werde in der nächsten Zeit die Bürgerinitiative „Minority Safe-Pack“ haben. Nachdem die Kommission die Registrierung zunächst versagt hatte, wurden von April 2017 bis April 2018 über 1,1 Millionen Unterschriften gesammelt, die unter anderem eine stärkere Förderung der kulturellen Vielfalt im Rahmen des EFRE, einen stärkeren Minderheitenschutz sowie die Schaffung eines Zentrums für sprachliche Vielfalt fordern. In den

nächsten sechs Monaten werde die Kommission dieses Vorhaben prüfen und sich dazu positionieren müssen. Ein erster Austausch zwischen der für Bürgerinitiativen zuständigen Vizepräsidentin der EU-Kommission Věra Jourová und Mariya Gabriel mit den Vertretern der Initiative habe bereits Anfang Februar stattgefunden. Dabei wurde der Austausch anschließend von allen Seiten als sehr erfolgreich und vielversprechend bewertet.

„Das Europäische Parlament hat zudem die Wiedereinsetzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe ‘Traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften

Landesvorstand der OMV tagte digital

Düsseldorf. Trotz der Corona-Pandemie muss insbesondere Politik Handlungs-



Landesvorstandssitzung mal digital



Europaabgeordneter Dr. Markus Pieper

und Sprachen’ genehmigt, sodass auch an dieser Stelle weiter für Minderheitenrechte gearbeitet werden kann. Die Interguppe hat sich Ende Januar konstituiert und wird geleitet von Kinga Gál, Loránt Vincze und François Alfonsi, die sich bereits seit Jahren für die Belange von nationalen Minderheiten in Europa einsetzen. Das ist ein zusätzliches positives Zeichen“, so Pieper. Landesvorsitzender Heiko Hendriks fasst die Ergebnisse so zusammen: „Unsere stetige Arbeit lohnt sich. Mit unserem Abgeordneten Dr. Markus Pieper werden wir uns weiterhin für das wichtige Thema Minderheiten einsetzen. Die Stimme von 50 Millionen Unionsbürgern hat es verdient, in der EU Gehör zu finden“.

fähigkeit beweisen. Daher tagte der Landesvorstand der OMV NRW am 9. Juni zum ersten Mal per Videokonferenz und hatte sogar einen Gast: Parlamentarischer Staatssekretär Prof. Günter Krings berichtete als Vorsitzender der NRW-Landesgruppe aus der Bundestagsfraktion.

Heiko Hendriks: Beflaggung am Tag der Charta prüfen

Düsseldorf. In einem Brief hat OMV-Landeschef Heiko Hendriks Innenminister Herbert Reul gebeten, zu prüfen, ob am 5. August 2020 anlässlich der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen eine Beflaggung angeordnet werden kann. Hendriks: „Nordrhein-Westfalen hat als junges Bundesland die meisten Vertriebenen und Flüchtlinge aufgenommen. Die Neankömmlinge haben wesentlich zum Wiederaufbau des Landes und Wirtschaftswunder beigetragen. In diesem besonderen Jubiläumsjahr wäre es daher im Sinne der Wertschätzung und des Dankes, wenn das Land ein Sichtbares Zeichen setzen würde.“



Minister H. Reul (Mi.) bei der OMV

IMPRESSUM

Herausgeber:
OMV der CDU NRW
Verantwortlich i.S.d.P.:
Sebastian Wladarz
Wasserstraße 6
40213 Düsseldorf
Telefon: (0211) 1360092
Mail: sebastian.wladarz@cdu.nrw
Fotos, soweit keine Angabe
(c) Sebastian Wladarz
Mehr über uns und unsere Politik erfahren Sie auf unserer Homepage:
www.OMV-NRW.de
Twitter:
[@OMVNRW](https://twitter.com/OMVNRW)

KOMMENTAR DES OMV-LANDESVORSITZENDEN HEIKO HENDRIKS

Radikale Parteien von Rechts- oder Linksaußen dürfen niemals ein Partner für die Christlich Demokratische Union sein!



Wenn man diese Aussage teilt, stellt sich die Frage, welche Partei mit dem Etikett Rechts- oder Linksaußen belegt werden kann. Mittlerweile stellen sich - Gott sei Dank - bei der Bewertung der AfD nur noch wenige die Frage, ob diese Partei wirklich mehrheitlich unsere freiheitliche demokratische Grundordnung unterstützt. Aussagen, Programmatik sowie Handeln haben auch für mich mittlerweile eindeutig belegt, dass sie im Grundsatz eine demokratiefeindliche Partei ist.

Bei der Linken stellen sich, zu meiner Überraschung, tatsächlich viele diese Frage! Darf man diese Partei mit dem Etikett Linksaußen belegen? Ja, man muss sogar! Und gerade wir in der Union dürfen keinen Unterschied machen. AfD und Linke sind zwar zwei unterschiedlichen Parteien, aber für unsere Demokratie gleichwohl gefährlich. Daraus folgt, dass keine der beiden Parteien Partner für Demokraten sein kann und darf. Dies gilt umso mehr für die Union, da fast alle anderen demokratischen Parteien mittlerweile die Grundregel - keine Zusammenarbeit mit Radikalen - durchbrochen haben!

„Die Linke ist rechtsidentisch mit der Linkspartei.PDS, die es seit 2005 gab, und der PDS, die es vorher gab, und der SED, die es vorher gab“

Ex-Bundesschatzbeister Karl Holluba (Die Linke)

Weitgehend unumstritten ist übrigens, dass die Linke Rechtsnachfolgerin der SED ist. Die Linke hat sich bewusst entschieden, die Rechtsnachfolge der DDR-Staatspartei SED (samt ihres Millionenvermögens) anzutreten. Damit steht sie logischerweise auch für den Unrechtsstaat der DDR: Für die Unterdrückung, den Mauerbau und Schießbefehl sowie für Folter an politischen Häftlingen. Klare verbindliche Distanzierungen oder gar Beschlüsse zur eigenen Vergangenheit gibt es nicht. Das Gegenteil ist eher der Fall. Relativierung der eigenen Geschichte, Verharmlosung der DDR-Diktatur und Lobeshymnen inklusive Dankeschreiben an real existierende sozialistische Gewaltherrscher stehen auf der Tagesordnung.

Als Vorsitzender der OMV der CDU Nordrhein-Westfalen, die auch die Interessen derjenigen vertritt, die vor dem Mauerfall aus der DDR geflohen, übergesiedelt oder vertrieben worden sind (für NRW sind das rund 800 000 Menschen), mache ich deutlich, dass jeder andere Umgang als eine klare Distanzierung von den SED-Nachfolgern größtenteils als Demütigung empfunden wird. Und aus Demütigung entstehen Frust und auch Wut. Was dies schlussendlich bedeutet, muss ich nicht ausführen.

In der Thüringen-Debatte wurde immer wieder erwähnt, dass aber doch Herr Ramelow kein wirklicher Sozialist sei (auch wenn er einer Partei angehört, die in ihrem aktuellen Grundsatzprogramm von 2011 davon spricht, den "demokratischen Sozialismus" anzustreben und "für einen Systemwechsel" zu kämpfen) und er ja schließlich aus dem Westen käme. Dem muss entgegnet werden. Erstens: Sich aus dem Westen kommend dieser Partei anzuschließen, bedeutet in vielen Fällen, sich schon in der Vergangenheit dem Sozialismus und Totalitarismus verschrieben und dies auch über Mitgliedschaften in einschlägigen Parteien, Verbänden oder Vereinen dokumentiert zu haben. Zweitens: Gerade ein näherer Blick auf Herrn Ramelow hilft, den Wolf im Schafspelz zu erkennen. Ramelow ist keineswegs der, als der er sich in Szene setzt. Zwar hat er in den vergangenen Jahren immer wieder versprochen, die Geschichte seiner eigenen Partei aufzuarbeiten. Von Worten einmal abgesehen, gab es allerdings von ihm keine Initiative. Zudem zeigte er wenig Berührungsängste, mit den Tätern des Unrechtsstaates gemeinsame Sache zu machen. So arbeitete Ramelow 2014 als einer von zwei Geschäftsführern der Berliner Immobiliengesellschaft „Franz-Mehring-Platz 1 mbH“. Die Liegenschaften der Firma stammten aus dem früheren Eigentum der SED. Zweiter Geschäftsführer der Gesellschaft war der frühere Stasi-Offizier Matthias Schindler. Zu den Gesellschaftern des Unternehmens gehörten noch weitere ehemalige Spitzel des Stasi-Apparates. „Ich verstehe nicht, was es daran auszusetzen gibt“, sagte Ramelow damals der „Welt am Sonntag“. Doch man muss gar nicht sechs Jahre zurückgehen, um zu registrieren, dass es Ramelow beim Thema DDR bisweilen an Einsicht fehlt. Im Februar 2020 echauffierte er sich via Twitter darüber, dass er immer wieder dazu aufgefordert werde, die DDR als „Unrechtsstaat“ zu bezeichnen. Eine Bezeichnung, die ihm niemals über die Lippen gehen würde, wie er zuvor in Interviews beteuert hatte.

Die Frage ist: Warum eigentlich? Ist das zu viel verlangt? Angesichts hunderter Todesopfer, tausender politischer Gefangener und Millionen Menschen, die unterdrückt wurden, kann die Antwort eigentlich nur lauten: Nein. Deshalb muss es weiterhin klar sein: Demokraten dürfen sich niemals mit denjenigen zusammentun, die diese im Kern beseitigen wollen!